

## **Pflegepolitische Ausrichtung der Parteien zur Landtagswahl 2018**

Antworten der Parteien<sup>1</sup> auf das Forderungspapier des BLPR

„Für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Pflegepolitik in Bayern“

---

<sup>1</sup> Wiedergabe im Wortlaut der Parteien.

Forderungen	SPD	Bündnis 90/Grünen <sup>2</sup>	Freie Wähler
<b>1. Pflegekammer/ Registrierungspflicht Pflegerberufe</b>	<p>Die Bayern SPD setzt sich dafür ein, die Arbeit der Vereinigung der Pflegenden in Bayern zeitnah zu evaluieren. Dabei muss insbesondere geklärt werden, ob und inwieweit die Vereinigung ihre zentralen Aufgaben in Fort- und Weiterbildung, Mitwirkung auf politischer Ebene und Weiterentwicklung von Qualitätsstandards auch tatsächlich erfüllt. Sollte sich abzeichnen, dass die Vereinigung die zentralen ihr zugedachten Aufgaben mittelfristig nicht erfüllen kann, muss in Bayern neu über die Errichtung einer Pflegekammer nachgedacht werden. In diesem Falle müssen die positiven und auch die negativen Erfahrung mit Pflegekammern in anderen Bundesländern berücksichtigt werden. Für uns ist überdies klar, dass Verbesserungen im tariflichen Bereich nicht durch Berufsverbände, Kammern oder Vereinigungen, sondern nur durch schlagkräftige Gewerkschaften erreicht werden können. Die Übernahme von Aufgaben in Fort- und Weiterbildung oder Weiterentwicklung von Qualitätsstandards durch das von der Bayerischen Staatsregierung neu installierte Landesamt für Pflege lehnen wir ab, da dies im Verantwortungsbereich der Vereinigung der Pflegenden in Bayern bzw. einer Pflegekammer liegt.</p>	<p>Die Einrichtung einer Pflegekammer in Bayern ist seit Jahren ein Schwerpunkt unserer Forderungen. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass der Wunsch der Mehrheit der Pflegekräfte in Bayern umgesetzt wird. Genauso wichtig finden wir die Möglichkeit der Registrierung aller Pflegekräfte.</p>	<p>Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzt sich nachdrücklich für eine bayerische Pflegekammer ein und hat bereits mehrere Anträge zu diesem Thema in den Bayerischen Landtag eingebracht. Eine Körperschaft kann nur dann die Interessen der Pflegenden wirksam vertreten, wenn auch wirklich nur die Pflegekräfte in ihr vertreten sind und insbesondere keine Arbeitgebervertreter. Das gegenwärtige Konstrukt der Staatsregierung ist schon aus diesem Grund ungeeignet, die Selbstbestimmung der Pflegekräfte zu gewährleisten. Zudem ist dieser „Pflegering“ ein unerprobter bayerischer Sonderweg. Dieses Risiko wollen wir FREIE WÄHLER nicht mittragen.</p> <p>Eine Registrierung und Erfassung ALLER bayerischen Pflegekräfte ist dringend notwendig, um verlässliche Aussagen zum künftigen Bedarf treffen zu können. Es muss bekannt sein, wie viele Pflegekräfte mit welcher Qualifikation, in welchem Umfang (halbtags, Teilzeit usw.) und mit welchen Fort- und Weiterbildungen tätig sind, um wirksame Konzepte für die Zukunft zu entwickeln.</p> <p>Eine Interessenvertretung, die zu einer spürbaren Verbesserung für die Profession Pflege führt, muss sich auf Augenhöhe mit den anderen Heilberufen befinden und erfordert zwingend ein hohes Maß an Selbstbestimmung. Gerade dies ist aber in der gegenwärtigen „Vereinigung der Pflegenden“ nicht gewährleistet, denn hier kann ein Beirat mit dem Ministeriumsvertreter an der Spitze verbindliche Beschlüsse fassen, die sich auf pflegerische Entscheidungen der Interessenvertretung auswirken.</p>
<b>2. Chief-Nurse</b>	<p>Die Bayern SPD unterstützt diese Forderung. Nicht nur in den kollegialen Führungsorganen der Krankenhäuser, sondern auch in den zentralen politischen Einheiten muss die fachliche Perspektive und Expertise von versierten und erfahrenen Pflegepersonen vertreten sein. Die Aufgaben dieser Person bzw. Abteilung sollten insbesondere in den Bereichen Pflegepersonalbemessung, Entwicklung von einheitlichen Qualitätsstandards insbesondere in der Altenpflege, Arbeitssituation und Arbeitsbelastung von Pflegekräften, flächendeckende Einrichtung von Stellen</p>	<p><sup>3</sup></p>	<p>In Anbetracht der zunehmenden Komplexität, der wissenschaftlich basierten Weiterentwicklung pflegerischer Leistungen und der gesellschaftlichen Dringlichkeit wird es für das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege unverzichtbar, pflegewissenschaftliche Expertise im eigenen Haus vorzuhalten. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion unterstützt die Forderung nach einer „Chief-Nurse“ im zuständigen Ministerium.</p>

<sup>2</sup> Siehe Konzeptpapier „Pflege anders denken“ von Bündnis 90/Grünen : <https://www.gruene-fraktion-bayern.de/dokumente/konzepte/>

<sup>3</sup> / bedeutet, die Partei hat sich zu diesem Thema nicht geäußert.

	zur Pflegeberatung, Optimierung von Abläufen in der Pflege etwa durch eine vereinfachte Pflegedokumentation sowie Öffentlichkeitsarbeit liegen.		
<b>3. Umsetzung Pflegeberufereform Landesebene</b>	Wir halten die inzwischen vom Bundestag verabschiedete Ausbildungs- und Prüfungsverordnung zum Pflegeberufereformgesetz für sinnvoll im Hinblick auf eine fundierte, an allen Versorgungsbereichen ausgerichtete und in den Schwerpunkten Krankenpflege, Kinderkrankenpflege sowie Altenpflege vertiefte Ausbildung. Der Pflegeberuf wird dadurch deutlich aufgewertet, attraktiver und besser auf künftige Herausforderungen ausgerichtet. Die ungleichen Gehaltsunterschiede zwischen der Alten- und Krankenpflege sollen durch die generalistische Pflegeausbildung ausgeglichen und das Schulgeld bundesweit abgeschafft werden. Die Verordnung konnte nur mit einem Kompromiss, der eine Schmälerung der Anforderungen an die spezialisierte Altenpflegeausbildung im dritten Ausbildungsjahr beinhaltet, beschlossen werden. Die SPD konnte allerdings durchsetzen, dass die erstmals definierten und ausschließlich den Pflegefachkräften vorbehaltenen Tätigkeiten davon unberührt bleiben.	Durch die Reform der Ausbildung der Pflegeberufe wollen wir verhindern, dass die Altenpflege Ausbildungsberuf zweiter Klasse bleibt. Die Chance, durch die Ausbildungsreform die verschiedenen Pflegeberufe auf Augenhöhe miteinander zu verknüpfen, wird aus unserer Sicht leider derzeit in Berlin aufgegeben. Die Altenpflegeausbildung soll leider eigenständig neben der Generalistik organisiert werden. Die Verbindung zu wissenschaftlichen Erkenntnissen in der Ausbildung fehlt jedoch. Wir denken, die Große Koalition hat immer noch nicht verstanden, dass Augenhöhe aller Gesundheitsberufe durch gute Ausbildung Voraussetzung für Patientorientierung ist und die Attraktivität der Berufe wesentlich auch von den individuellen Entwicklungsmöglichkeiten der Pflegenden abhängt.	Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion unterstützt die Einführung einer generalistischen Pflegeausbildung in Form des Kompromisses des Pflegeberufereformgesetzes. Dadurch kann die Pflegeausbildung durchlässiger ausgestaltet werden, um besser gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen gerecht werden zu können. Durch eine zusammengefasste und einheitliche Grundausbildung wird die Flexibilität erhöht und ein gemeinsamer Berufsabschluss ermöglicht. Eine anschließende Spezialisierung in der Pflege ist notwendig und steht den Grundzügen der neuen generalistischen Pflege nicht im Wege. Jetzt muss aber auch die Umsetzung zügig voranschreiten, insbesondere müssen die erforderlichen Verordnungen zur Finanzierung erlassen werden. Ziel muss es aber bei allen Maßnahmen sein, den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten, d.h. einer Absenkung der Ausbildungsqualität ist konsequent entgegenzuwirken.
<b>4. Pflege als Leistungserbringer/ Heilberufsausweis</b>	Die Bayern SPD setzt sich dafür ein, die Voraussetzungen und Konsequenzen der Einführung eines Heilberufsausweises für Pflegekräfte zu prüfen. Im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung digitaler Angebote in der Gesundheitsversorgung wie der elektronischen Gesundheitskarte oder der digitalen Gesundheitsakte erscheint uns ein Heilberufsausweis auch für die Angehörigen der Pflegeberufe grundsätzlich sinnvoll. Auch einer Beteiligung der Betroffenen an Gremien zur Weiterentwicklung des Berufsbildes stehen wir grundsätzlich offen gegenüber.	Wichtig finden wir die Etablierung der Pflege als autonomer Dienstleistungsberuf mit anerkannten Kompetenzen und geregelter Selbstkontrolle. Pflege darf nicht nur als nützliche Hilfe für ÄrztInnen verstanden werden, sondern ist ein eigenständiger, unabhängiger und vor allem unverzichtbarer und wichtiger Kompetenzbereich.	Eine zeitnahe Registrierung ALLER Pflegekräfte ist dringend erforderlich, um valide Aussagen über den zukünftigen Bedarf treffen zu können. Auch aus diesem Grund setzt sich die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion für eine bayerische Pflegekammer ein. Wir befürworten die Erteilung eines Heilberufsausweises an die Angehörigen der Pflegeberufe. Damit wird verdeutlicht, dass auch Pflegekräfte Leistungserbringer sind.
<b>5. Investition in Attraktivität Pflegeberuf</b>	Die Rahmenbedingungen für das Personal sind in der Kranken- wie in der Altenpflege denkbar schlecht. Pflegekräfte haben oft unzuverlässige Dienstzeiten, werden bei Bedarf aus dem Frei geholt, was ihr soziales Leben stark belastet. Auch die notwendige Erholungszeit ist dann nicht gewährleistet. Infolgedessen sind sie häufiger und länger krank als Beschäftigte in anderen Berufen. Während beispielsweise in der Schweiz eine Pflegefachkraft in den Krankenhäusern 5,5 Patienten zu versorgen hat, ist sie in Deutschland für fast doppelt so viele zuständig. Wir fordern eine Personalbemessung für Fachkräfte, einen gesicherten und höheren Fachkraftschlüssel durch eine pflegeorientierte Reform des DRG-Systems, einen allge-	Gute Pflege ist ohne eine ausreichende Anzahl an qualifizierten Pflegekräften nicht machbar. Deshalb wollen wir die Attraktivität des Pflegeberufes erhöhen. Die vielen kleinen Maßnahmen, die bisher zur Verbesserung der Pflege in Kliniken sowie in der Altenpflege ergriffen wurden, reichen bei weitem nicht aus. Um den aktuellen Pflegenotstand in Deutschland kurzfristig zu beenden, werden wir ein Sofortprogramm für Pflege in Höhe von 2,5 Milliarden Euro im Jahr auflegen, um mindestens 50 000 zusätzliche Stellen in deutschen Kliniken und Pflegeeinrichtungen zu finanzieren und Förderprogramme für die Rückkehrer und Weiterbildung zu schaffen.	Das Hauptziel in der Pflege muss es sein, die Attraktivität dieses Berufsfelds deutlich zu steigern. Nur so können vermehrt Menschen für eine Tätigkeit in der Pflege gewonnen werden. Insofern begrüßen wir den Vorschlag eines „Förderprogramms Pflege“. Dieses Programm ist erheblich aufzustocken. Besonders wichtig ist uns FREIEN WÄHLERN eine angemessene Personalausstattung, weil sie der zunehmenden Arbeitsverdichtung effektiv entgegenwirkt. Deshalb fordern wir ein verbindliches Personalbemessungsverfahren und des weiteren Personaluntergrenzen. Wir haben dazu bereits Anträge in den Bayerischen Landtag eingebracht. Um die Interessen der Profession Pflege wirksam zu ver-

	meinverbindlichen Branchentarifvertrag und einen gesetzlichen Anspruch von ArbeitnehmerInnen zur Weiterbildung.	Die Pflegekräfte und die Pflege im Krankenhaus werden seit Jahren kurz gehalten. Das werden wir ändern. Wir setzen uns bereits seit Jahren für mehr Pflegefachpersonal in Kliniken ein, denn dies erhöht nachweislich die Versorgungsqualität. Aber auch der Pflegeaufwand in stationärer Versorgung muss in den Fallpauschalen abgebildet und entsprechend vergütet werden. Deshalb fordern wir unter anderem die Weiterentwicklung des DRG-Systems.	treten ist eine Pflegekammer für Bayern unerlässlich. Nur auf diesem Weg bekommt die Pflege eine starke Stimme. Die kläglichen Versuche des Konstrukts der Staatsregierung müssen als gescheitert bezeichnet werden. Die Unzulänglichkeit hat sich im vergangenen Jahr ganz klar gezeigt.
<b>6. Pflegewissenschaft an Universitäten in Bayern</b>	Die Bayern SPD unterstützt die Forderung nach der Einrichtung von Lehrstühlen für Pflegewissenschaften an bayerischen Universitäten wie sie unter anderem bereits in Nordrhein-Westfalen, Berlin und Wien existieren. Der Aufbau von wissenschaftlich fundiertem Wissen im Pflegebereich und dessen Transfer in die Praxis muss auch im Freistaat stärker gefördert werden.	Dass Bayern über keinen Lehrstuhl für Pflegewissenschaft an einer Universität verfügt, ist ein Manko.	Zur weiteren Förderung der Pflegewissenschaft ist es sinnvoll, dass auch in Bayern ein Lehrstuhl für Pflegewissenschaft eingerichtet wird. So wird die Forschung auf diesem Gebiet voran gebracht und intensiviert.
<b>7. Aufwertung sozialer Rahmenbedingungen</b>	Die Bayern SPD setzt sich für eine bessere Personalausstattung von Pflegeeinrichtungen und für eine bessere Bezahlung ein (siehe die Details unter Punkt 5.). Mit einer „Wohnraumoffensive Bayern“ wollen wir die zum Teil prekäre Situation auf dem Immobilienmarkt in Bayern deutlich verbessern. Erreichen wollen wir das unter anderem durch die Errichtung von 25.000 Wohnungen in den nächsten fünf Jahren durch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft, eine deutliche Erhöhung der Landesmittel für die Wohnbauförderung, die Verlängerung der Sozialbindung geförderter Wohnungen, eine wirksame Mietpreisbremse auch in Bayern und eine stärkere Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir erreichen durch eine Familienarbeitszeit, damit sich Eltern Erwerbs- und Familienarbeit partnerschaftlich aufteilen können, eine eigenständigen Grundsicherung für Kinder, gute kostenfreie Kinderbetreuung, guten kostenfreien Ganztagschulen und ein sozial gesteuertes Familiengeld. Wir wollen bayerische Unternehmen dabei unterstützen, familienfreundlichere Arbeitsbedingungen und Angebote für berufstätige Eltern zu schaffen. Zum Beispiel durch verlässliche Arbeitszeiten, flexible Arbeitszeitmodelle, ein Rückkehrrecht von Teil- auf Vollzeit, den Ausbau von sozialverträglicher Telearbeit oder neue Betriebskitas.	.... Eine bessere Bezahlung durchsetzen. Eine Möglichkeit, die Gehälter in der Pflege für alle gut zu gestalten, wäre ein „Tarifvertrag Soziales“, der durch die Politik für allgemeinverbindlich erklärt wird. Um den Fachkräftemangel in der Pflege zu bewältigen, müssen aber auch das Image und die Kompetenzen der Pflegekräfte verbessert werden. Dies geht nicht ohne gute Ausbildung, qualifizierte LehrerInnen und Möglichkeiten der hochschulischen Pflegeausbildung im Freistaat. Wir wollen Menschen motivieren, in der Pflege zu arbeiten – dafür wollen wir die Rahmenbedingungen in der Pflege verbessern. Dazu gehört unter anderem auch konsequente Entbürokratisierung sowie digitale Dokumentation, Einsatz von Servicerobotik und modernen Technologien sowie mitarbeiterorientierten Arbeitszeitmodelle, Optimierung der Organisation sowie Abläufe in der Klinik und Pflegeeinrichtungen oder zum Beispiel Bereitstellung von einem Kitaplatz und bezahlbarem Wohnraum.	Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzt sich nachdrücklich für die Aufwertung aller sozialen Berufe, insbesondere in der Pflege, ein. Dazu gehören eine ihrer wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe angemessene Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen durch ausreichendes und qualitativ exzellent ausgebildetes Personal, weshalb wir einen verbindlichen Personalschlüssel fordern. Arbeitszeitmodelle, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen, sind fortzuentwickeln und zu stärken.
<b>8. Landespflegebericht - Zahlen, Daten, Fakten</b>	Wir unterstützen die Forderung nach einer jährlichen und gegenüber dem Bericht zur sozialen Lage der Staatsregierung deutlich aufgewerteten Berichterstattung zur Pflege	Wir setzen uns für eine gezielte Datenerhebung im Bereich Pflege ein. Wir werden eine Datenerhebung zu regionalem Personalbedarf in der Pflege einfüh-	Die Entscheidung der bayerischen Staatsregierung gegen eine Pflegekammer hat die fatale Folge, dass es keine validen Zahlen hinsichtlich der in Bayern tätigen Pflege-

	<p>in Bayern. In diesem Bericht sollten Daten zu den professionell und familiär Pflegenden, den stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen, den Ausgaben für die Pflege, der Gehaltssituation von Pflegekräften und dem gegenwärtigen und künftigen Bedarf an Pflegeleistungen aufbereitet werden und so eine fachpolitisch fundierte Debatte ermöglicht werden.</p>	<p>ren. Auch die Pflegeausbildungsplätze müssen insbesondere dort im Freistaat entstehen, wo sie später gebraucht werden.</p>	<p>kräfte, ihrer Qualifikation, ihrer Arbeitszeit und ihrer beruflichen Schwerpunkte gibt. Eine regelmäßige Pflegebeurichterstattung wäre grundsätzlich zu begrüßen, um aussagekräftige Zahlen und Fakten zur Situation der Pflege in Bayern zu erhalten. Diese sind für die Konzeption von wirksamen Maßnahmen für die Zukunft unerlässlich. Wegen der freiwilligen Mitgliedschaft im aktuell bestehenden „Pflegering“ sind die erhobenen Zahlen, Daten, Fakten jedoch leider nicht aussagekräftig. Das zu erwartende Ergebnis ist demnach ein „Stochern im Nebel“.</p>
<p><b>9. Fachkräftethematik/ Pflege als Selbstverwaltungspartner</b></p>	<p>Die Bayern SPD unterstützt die Forderung einer gesetzlich geregelten Mindestpersonalquote in Krankenhäusern im Sinne von Nurse-to-Patient Ratios. Die Bayern SPD-Landtagsfraktion hat im Frühjahr 2018 einen Gesetzentwurf für ein besseres Krankenhausgesetz in das parlamentarische Verfahren eingebracht (Landtags- Drucksache 17/21463 unter <a href="https://www.bayern.landtag.de/dokumente/drucksachen/?dokumentenart=Drucksache">www.   https://www.bayern.landtag.de/dokumente/drucksachen/?dokumentenart=Drucksache</a> abrufbar). Ein Kernstück dieses Gesetzentwurfs sind Mindestpersonalregelungen für die Pflege in den bayerischen Plankrankenhäusern. Der Gesetzentwurf wurde von den Fraktionen der CSU und von den Freien Wählern bei Enthaltung der Grünen abgelehnt. Wir setzen uns für Mindestpersonalregelungen auch in der stationären Langzeitpflege ein und sprechen uns gegen die Absenkung der Fachkraftquote aus.</p>	<p>Wir wollen bedarfsgerechte verbindliche und bundesweite Personalbemessungsregelungen sowie eine bessere Bezahlung in der Pflege durchsetzen.</p>	<p>Der Fachkräftemangel in der Pflege ist eines der grundlegendsten Probleme in diesem Bereich. Wir FREIE WÄHLER wollen diesem mit einer verbindlichen Personalbemessung und einer Attraktivitätssteigerung des Berufs durch angemessene Rahmenbedingungen wie Arbeitszeiten und Entgelt entgegenwirken. Ein Absenken der Fachkraftquote lehnen wir ab, weil dies mit einem Qualitätsverlust in der Pflege einhergehen würde und die Belastung der Fachkräfte würde noch weiter ansteigen.</p>
<p><b>10. Professionelles Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegefachpersonen</b></p>	<p>Die Bayern SPD unterstützt die Forderung nach effizienten, professionellen und nicht korruptionsanfälligen Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegefachpersonen. Die Landtagsfraktion der Bayern SPD hat in den vergangenen Jahren mehrere parlamentarische Initiativen dazu gestartet (u.a. Landtags-Drucksache 17/4484 unter <a href="https://www.bayern.landtag.de/dokumente/drucksachen/?dokumentenart=Drucksache">www.   https://www.bayern.landtag.de/dokumente/drucksachen/?dokumentenart=Drucksache</a> abrufbar). Damit konnten wir erreichen, dass die Anerkennungsbehörden der Bezirke personell besser ausgestattet wurden und die AntragstellerInnen besser beraten werden.</p>	<p>Die Anerkennungsverfahren müssen beschleunigt werden und Möglichkeiten der Nachqualifizierung wohnortnah angeboten und unterstützt werden.</p>	<p>Aufgrund des erheblichen Bedarfs an Pflegekräften sind wir auf die Anerkennung von Fachkräften aus dem Ausland angewiesen. Damit diese schnellstmöglich zur Verfügung stehen, muss das Anerkennungsverfahren schlank organisiert sein und schnell zu Entscheidungen gelangen. Außerdem ist es dringend erforderlich, das B2-Sprachniveau kritisch zu hinterfragen. Uns FREIEN WÄHLER ist klar, dass hier Reformbedarf besteht und wir drängen darauf, dass jetzt neue Wege gegangen werden müssen. Wir brauchen mehr Sprachfähigkeit der Pflegekräfte und mehr Kenntnisse der Fach- und Umgangssprache. Grammatik darf nicht überbewertet werden. Dies muss umgehend umgesetzt werden.</p>

Forderungen	FDP	CSU
<b>1. Pflegekammer/ Registrierungspflicht Pflegeberufe</b>	Wir Freie Demokraten Bayerns sehen eine starke berufliche Interessensvertretung der Pflegenden als wichtig an. Pflegekammern mit Pflichtmitgliedschaft und Pflichtbeiträgen stehen wir dagegen skeptisch gegenüber und halten die Schaffung von Kammerstrukturen für nicht notwendig. Wir setzen jedoch auf die freiwillige Mitgliedschaft in Zusammenschlüssen, die eine starke und transparente Interessensvertretung der Pflegenden wahrnehmen.	Den enormen Bedarf an Pflegekräften in unserer Gesellschaft zu decken, ist eine riesige Herausforderung. Denn die Humanität unserer Gesellschaft zeigt sich gerade daran, wie wir mit den Schwächsten umgehen. Ein Baustein, den Pflegeberuf attraktiver zu machen, ist die „Vereinigung der Pflegenden in Bayern. Sie vertritt die Interessen der Pflege in Bayern wirkungsvoll. Die Politik erhält mit der „Vereinigung der Pflegenden in Bayern“ einen Ansprechpartner auf Augenhöhe, der genauso behandelt wird wie die klassischen Kammern – zum Beispiel bei der Beteiligung an Gesetzgebungsverfahren. Wir setzen uns dafür ein, dass es mehr Wertschätzung für die Pflege gibt und auf diese Weise auch mehr junge Menschen für die Pflegeberufe begeistert werden können.  Die Mitgliedschaft in der Vereinigung der Pflegenden in Bayern ist freiwillig und kostenlos. Denn viele Pflegekräfte sind gegen eine Pflichtmitgliedschaft und gegen eine Belastung mit Pflichtbeiträgen. Das hat eine repräsentative Umfrage im Jahr 2013 unter den beruflich Pflegenden in Bayern gezeigt. Mit diesem Konzept nutzen wir die wesentlichen Vorteile einer klassischen Kammer, ohne gleichzeitig die Pflegekräfte mit Pflichtmitgliedschaft und Pflichtbeiträgen zu belasten. Das ist für viele Betroffene wichtig.
<b>2. Chief-Nurse</b>	Die Freien Demokraten Bayerns werden sich dafür einsetzen, dass in landespolitischen Prozessen pflegfachliche und -wissenschaftliche Expertise eingebunden wird und ein enger Austausch zur Sicherstellung einer qualitativen, patientenzentrierten Versorgung erfolgt. Die Schaffung einer zusätzlichen Stelle im Bayrischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege neben der Position der/des Patienten- und Pflegebeauftragten und der Abteilung Pflege lehnen wir jedoch als nicht notwendig ab.	Der Anstieg der Komplexität der Versorgungsbedarfe im Gesundheitswesen steht außer Frage. Aus Ihrer Sicht münden deshalb akademisch gebildete Pflegefachpersonen in immer größerer Zahl in die Versorgungssettings, in die Lehre und in die Forschung, weshalb es notwendig ist, zur Absicherung der pflegfachlichen Expertise die Position einer Chief-Nurse im zuständigen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP) zu schaffen. Gerne regen wir die Prüfung dieser Forderung durch Experten an.
<b>3. Umsetzung Pflegeberufereform Landesebene</b>	Wir Freie Demokraten Bayerns treten für eine Reform der Pflegeberufe ein, die eine hohe Ausbildungsqualität sowie Ausbildungskapazitäten erhält. Im Unterschied zur Großen Koalition präferieren wir eine integrative Ausbildung der Pflegekräfte mit einem gemeinsamen ersten Ausbildungsjahr und spezialisierten Folgejahren. Eine vollständige generalisierte Einheitsausbildung sowie eine Absenkung des Ausbildungsniveaus lehnen wir ab. So erhalten wir eine kompetente Kinder-, Kranken- und Altenpflege. Wichtig bei der Reform der Pflegeausbildung ist eine tragbare Finanzierung, damit es nicht zu einem Rückgang der Ausbildungskapazitäten kommt. Dies bleibt beim aktuellen Kompromiss der Großen Koalition noch offen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Pflegeausbildung und Pflegewissenschaft in Bayern ausreichend finanziert wird. Mit dem Bildungsfinanzierungsgesetz von 2013 hat die bayerische FDP bereits dazu beigetragen, die Ausbildung von Pflegeberufen zu fördern. Nun gilt es, diese Förderung zu aktualisieren und zu verbessern.	Der Deutsche Bundestag hat am 22. Juni 2017 auch mit den Stimmen der CSU die Reform der Pflegeausbildung verabschiedet. Mit der Ausbildungsreform soll der Pflegeberuf an die neuen Anforderungen angepasst werden. Die Sicherung der qualitativen Pflegeversorgung ist eine der gesellschaftspolitisch wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre. Wir teilen Ihre Ansicht, dass die Verabschiedung der dazugehörigen Rechtsverordnung (APrV) und die für die Konkretisierung der Finanzierung notwendige Verordnung dringend auf den Weg gebracht werden müssen. Die CSU wird sich auf Bundesebene weiterhin dafür einsetzen und den Prozess entsprechend begleiten.
<b>4. Pflege als Leistungserbringer/</b>	Wir Freie Demokraten Bayerns setzen uns für Kostentransparenz im Gesundheitswesen ein und fordern, sowohl im ambulanten als auch stationären Bereich eine qualitätsbezogene Vergütung der Pflege sicherzustellen. Wir	Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode wurde vereinbart, die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in der Alten- und Krankenpflege sofort und spürbar zu verbessern.

<p><b>Heilberufsausweis</b></p>	<p>werden uns für eine versorgungsqualitätsbezogene Reform der Rahmenempfehlungen einsetzen und verbindliche Rahmenvertragsgestaltungen auf Landesebene prüfen.</p> <p>Wir wollen die Digitalisierung und Vernetzung im Gesundheitswesen voranbringen. Selbstverständlich muss auch in der Pflege eine patientendatengeschützte digitale Kommunikation einbezogen werden. Den Pflegenden muss zudem der unkomplizierte Zugriff auf digitale Patientenakten unter Datenhoheit der Patienten ermöglicht werden.</p>	<p>Am 1. August 2018 hat unsere Bundesregierung den Gesetzentwurf zur Stärkung des Pflegepersonals beschlossen. Ziel des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes (PpSG) ist es, Pflegekräfte der Kranken- und Altenpflege im Alltag durch eine bessere Personalausstattung und bessere Arbeitsbedingungen spürbar zu entlasten. Dadurch soll auch die Pflege und Betreuung der Patientinnen und Patienten sowie der Pflegebedürftigen weiter verbessert werden. Dabei ist das PpSG, das bereits am 1. Januar 2019 in Kraft treten soll, nur ein erster Schritt im Kampf für eine bessere Personalausstattung in der Pflege. Es ist vor allem aber ein klares Signal, das zeigt: Wir haben verstanden.</p> <p>Noch in dieser Legislaturperiode werden weitere Maßnahmen folgen, wie zum Beispiel die Konzertierte Aktion Pflege und ein einheitliches wissenschaftliches Personalbemessungsverfahren für die Altenpflege. Bereits mit dem PpSG setzen wir neue Impulse für die Finanzierung der Pflegepersonalkosten der Krankenhäuser ab dem Jahr 2020: Eine neue, von den Fallpauschalen unabhängige, krankenhauses-individuelle Vergütung der Pflegepersonalkosten soll dafür sorgen, dass nicht beim Pflegepersonal gespart wird.</p> <p>Zu den wesentlichen Punkten des PpSG gehören unter anderem:</p> <p><b>Pflegepersonal und Pflegeaufwand</b></p> <p>Zur Verbesserung der Personalausstattung in Krankenhäusern sowie der Gewährleistung von Patientensicherheit in der pflegerischen Patientenversorgung wird ein zusätzliches Instrument eingeführt, um die Vorschrift zur Einführung von Pflegepersonaluntergrenzen in pflegesensitiven Krankenhausbereichen zu ergänzen. Dazu wird berechnet, wie das Verhältnis von eingesetztem Pflegepersonal zum individuellen Pflegeaufwand eines Krankenhauses ist. Dies gibt einen Aufschluss darüber, ob eine Klinik, gemessen am Pflegeaufwand, viel oder wenig Personal einsetzt (Ganzhausansatz). Das Instrument wird zur Transparenz über das in Krankenhäusern eingesetzte Personal und mittelbar zur Verbesserung der Pflegepersonalausstattung im Krankenhausbereich beitragen und ergänzt die mit diesem Gesetz unternommenen Maßnahmen zur Stärkung der Pflege.</p> <p>Jede zusätzliche Pflegestelle am Bett wird vollständig finanziert</p> <p>Um die Personalausstattung in der Pflege im Krankenhaus zu verbessern, wird zukünftig jede zusätzliche und jede aufgestockte Pflegestelle am Bett vollständig von den Kostenträgern refinanziert. Das mit dem Krankenhausstrukturgesetz eingeführte Pflegestellen-Förderprogramm wird damit über das Jahr 2018 hinaus bedarfsgerecht weiterentwickelt und ausgebaut. Für die zusätzlichen Mittel gilt anders als bisher keine Obergrenze. Zudem entfällt der bisherige Eigenanteil der Krankenhäuser von zehn Prozent. Die zusätzlichen Mittel sind zweckgebunden für Pflegestellen am Bett und zwar sowohl für zusätzliche Pflegestellen als auch für die Aufstockung vorhandener Teilzeitstellen zu verwenden. Die Mittel des laufenden Pflegestellen-Förderprogramms verbleiben dem einzelnen Krankenhaus, so dass auf die bisher vorgesehene Mittelüberführung in den Pflegezuschlag zum Jahr 2019 verzichtet wird.</p> <p>Vollständige Finanzierung von Tarifsteigerungen für das Pflegepersonal im Krankenhaus</p>
---------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

		<p>Bereits für das Jahr 2018 werden anstelle der bisherigen hälftigen Refinanzierung die linearen und strukturellen Tarifsteigerungen für die Pflegekräfte vollständig von den Kostenträgern refinanziert. In der Vergangenheit wurde der Teil der Tarifsteigerungen, der oberhalb der maßgeblichen Obergrenze lag, soweit er nicht ausgeglichen wurde, teilweise durch Einsparungen zu Lasten der Pflege kompensiert. Die zusätzlichen Finanzmittel sind daher für Pflegepersonal einzusetzen. Dies ist durch einen Nachweis zu belegen. Nicht zweckentsprechend verwendete Mittel sind zurückzuzahlen.</p> <p>Krankenhausindividuelle Vergütung von Pflegepersonalkosten</p> <p>Die Krankenhausvergütung wird auf eine Kombination von Fallpauschalen und einer Pflegepersonalkostenvergütung umgestellt. Ziel ist es, Pflegepersonalkosten in der Patientenversorgung besser und unabhängig von Fallpauschalen zu vergüten. Über ein neu einzuführendes Pflegebudget werden die Pflegepersonalkosten in der Patientenversorgung unter Berücksichtigung des krankenhausesindividuellen Pflegepersonalbedarfs finanziert. Ab dem Jahr 2020 vereinbaren die Vertragsparteien auf der Ortsebene das Pflegebudget auf Basis der von den Krankenhäusern geplanten und nachgewiesenen Pflegepersonalausstattung und der krankenhausesindividuellen Kosten. Die vereinbarten Mittel sind zweckentsprechend zu verwenden. Zur Umsetzung der krankenhausesindividuellen Pflegebudgets werden die DRG-Berechnungen um die entsprechenden Pflegepersonalkosten bereinigt.</p>
<p><b>5. Investition in Attraktivität Pflegeberuf</b></p>	<p>Die Freien Demokraten Bayerns stehen dafür, den Pflegeberuf attraktiver zu machen und dessen gesellschaftliche Wertschätzung weiter zu erhöhen. Hierfür notwendig sind vor allem bessere Arbeitsbedingungen, attraktive Vergütungen sowie Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Pflegende tragen große Verantwortung, sind fachlich qualifiziert und körperlich und psychisch stark gefordert. Wir Freie Demokraten Bayerns fordern hier generell mehr gesellschaftliche Wertschätzung der verantwortungsvollen Arbeit der vielen Pflegeleistenden in Deutschland. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen wollen wir den Aufwand für Bürokratie und Dokumentation verringern, unter anderem durch die verstärkte Nutzung von IT- und Assistenzsystemen. Zudem braucht es ausreichend Personal gemäß den fachlichen Notwendigkeiten, verlässliche Dienstpläne und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gerade bei Kinderbetreuungsangeboten, müssen Arbeitszeiten im Schichtdienst in Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen vermehrt berücksichtigt werden. Für eine leistungsgerechte Bezahlung sehen wir vorrangig die Tarifpartner in der Verantwortung. Voraussetzung ist, dass auch die Kostenträger durch entsprechende Anpassungen der Vergütungen ihrer Verantwortung gerecht werden.</p>	<p>Der Pflegebereich ist eines der drängendsten Handlungsfelder, das auf der Agenda der CSU steht. Die CSU-geführte Staatsregierung hat bereits ein umfassendes Pflege-Paket für Bayern auf den Weg gebracht:</p> <p>1.000 € Landespflegegeld jährlich: Bayern unterstützt Pflegebedürftige mit einem eigenen Landespflegegeld. Pflegebedürftige ab dem 2. Pflegegrad bekommen jährlich 1.000 Euro. Das Landespflegegeld wird erstmals ab September 2018 ausgezahlt. Es profitieren schätzungsweise 360.000 Anspruchsberechtigte von dieser neuen Leistung.</p> <p>Errichtung eines Landesamts für Pflege: Aufgaben, die bisher auf verschiedene Stellen verteilt sind, werden effektiv in einem eigenständigen bayerischen Landesamt für Pflege in Amberg gebündelt. Dazu gehören insbesondere pflege-fachliche Themen, aber auch die Hospiz- und Palliativversorgung und zukünftig auch der Vollzug des Landespflegegelds. Dadurch ist sichergestellt, dass die Hilfe besser bei den Menschen ankommt. Das neue Landesamt wird ab Sommer 2018 aufgebaut.</p> <p>Hospiz- und Palliativversorgung aufstocken: Die Versorgungsangebote für schwerstkranken und sterbende Menschen sollen innerhalb der nächsten fünf Jahre verdoppelt werden. Viele Menschen haben den Wunsch, möglichst zu Hause in ihrem gewohnten Umfeld sterben zu können. Wir schützen die unantastbare Würde des Menschen bis zuletzt, deshalb geht es uns vor allem um qualitativ hochwertige Versorgungsangebote.</p> <p>Mehr Lang- und Kurzzeitpflegeplätze: Wir brauchen mehr Pflegeplätze. Der Freistaat fördert mit 60 Millionen Euro jährlich 1.000 stationäre Pflegeplätze - das betrifft sowohl die Fortentwicklung bestehender wie auch die bedarfsgerechte Schaffung neuer Plätze.</p> <p>Außerdem sollen pflegende Angehörige durch mehr Flexibilität entlastet werden: Bayern fördert Kurzzeitpflegeplätze mit weiteren 5 Millionen Euro jährlich. Dadurch können mindestens 500 neue Plätze für die Kurzzeitpflege geschaffen werden.</p>



		<p>Attraktivität der Pflegeberufe steigern: Pflegekräfte leisten täglich besonders wertvolle Arbeit für die Menschen. Sie sind eine unverzichtbare Stütze der Gesellschaft. Alle Verantwortlichen müssen mehr tun, damit Pflegekräfte eine qualitativ hochwertige Ausbildung, attraktive Arbeitsbedingungen und nicht zuletzt die ihrer wichtigen Tätigkeit entsprechende Wertschätzung erhalten. Deshalb fordert der Freistaat Bayern den Bund auf, gemeinsam mit den Tarifpartnern dafür zu sorgen, dass in der Altenpflege flächendeckend nach Tarif bezahlt wird. Gute Pflege geht nur mit guten und gut bezahlten Pflegekräften.</p> <p>Dieses Pflege-Paket ist nicht abschließend. Zu den weiteren geplanten Maßnahmen gehören auch eine Ausbildungsinitiative, Anreize für eine bessere Rückkehr von Teil- in Vollzeit, ein Wiedereinstiegsprogramm, eine bessere Gesundheitsvorsorge für die Beschäftigten sowie die Weiterqualifizierung von Pflegehelfern zu Pflegefachkräften. Zudem wollen wir die Einführung verbindlicher Personalbemessungsinstrumente prüfen.</p> <p>Außerdem wird ein Förderprogramm entwickelt, das zum Ziel hat, die gegenwärtige Situation von Anbietern von Dauerpflegeplätzen so zu unterstützen, dass diese bereit sind, Dauerpflegeplätze in dauerhafte Kurzzeitpflegeplätze umzuwandeln.</p>
<p><b>6. Pflegewissenschaft an Universitäten in Bayern</b></p>	<p>Wir Freie Demokraten Bayerns werden uns dafür einsetzen, dass in der bayerischen Bildungs- und Forschungspolitik Pflegewissenschaften einen größeren Raum erhalten und angemessen finanziert werden.</p> <p>Die Forderung nach einer allumgreifenden Akademisierung der Pflege lehnen wir jedoch ab. Statt einer Aufwertung der Pflege befürchten wir mit einer solchen Maßnahme vielmehr, dass ausgebildete, examinierte Pflegefachkräfte eine Abwertung erfahren und sich deren gesellschaftliche Wertschätzung verringert.</p> <p>Es ist uns ein Anliegen, Pflege insgesamt attraktiver zu gestalten und die gesellschaftliche Wertschätzung für die verantwortungsvolle und anspruchsvolle Aufgabe der Pflegenden weiter zu erhöhen.</p>	<p>Das neue Bayerische Landesamt für Pflege befindet sich derzeit im Aufbau. Seit 16. Juli dieses Jahres haben die ersten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamts für Pflege in den angemieteten Räumlichkeiten am Campus 4.0 ihre Arbeit aufgenommen. Mit dem raschen Aufbau der neuen Behörde sorgen wir dafür, dass die im April beschlossenen Maßnahmen des bayerischen Pflege-Paketes schnell bei den Menschen ankommen. Dabei wird ein Kernteam mit den ersten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Aufbau der Behörde organisieren. Bis Jahresende sollen bereits 50 Beschäftigte am neuen Landesamt in Amberg tätig sein. Auf die erste Stellenausschreibung gab es viele qualifizierte Bewerbungen.</p>
<p><b>7. Aufwertung sozialer Rahmenbedingungen</b></p>	<p>Gemeinsam mit Punkt 5 beantwortet.</p>	<p>Eine höhere Wertschätzung für Pflegekräfte ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die wir uns nachdrücklich einsetzen. Dazu gehören auch adäquate soziale Rahmenbedingungen. Die CSU setzt sich für zahlreiche Faktoren wie beispielsweise angemessene Gehälter und eine verbesserte Personalausstattung ein, siehe auch Antwort Nr. 5.</p> <p>Darüber hinaus ist es uns wichtig, dass diejenigen, die tagtäglich andere pflegen, selbst gesund bleiben. Deshalb wurden die Leistungen der Krankenkassen für die betriebliche Gesundheitsförderung nahezu verdoppelt. Wir brauchen den Ausbau des betrieblichen Gesundheitsmanagements gerade für die Pflege – Stichwort: „Pflege der Pflegenden“. Die professionelle Pflege alter und kranker Menschen bedeutet eine starke körperliche Beanspruchung und psychische Belastung.</p> <p>Im Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes (PpSG) gibt es hierzu folgende neue Regelungen:</p> <p>Entlastung der Pflege durch Investitionen in Digitalisierung: Durch Digitalisierung kann es gelingen, Pflegekräfte effektiv zu entlasten. Die Pflegeversicherung wird deshalb in der stationären und ambulanten Altenpflege im Zeitraum von 2019 bis 2021 anteilig digitale Maßnahmen der Pflegeeinrichtungen fördern, z. B. in den Bereichen Entbürokratisierung der Pflegedokumentation, Abrechnung von Pflegeleistungen, Zusammenarbeit zwischen Ärzteschaft und Pflegeheimen, bei der Dienst- und Tourenplanung sowie beim internen Qualitätsmanagement und der Erhebung von Qualitätsindikatoren. Der maximale Förderbetrag beträgt 12.000 Euro bzw. 40 Prozent der anerkannten Maßnahme.</p>

		<p>Verbesserungen bei der medizinischen Rehabilitation für pflegende Angehörige: Pflegenden Angehörigen ist es wegen der häuslichen Situation häufig nicht möglich, eine notwendige Rehabilitationsmaßnahme ambulant durchzuführen. Dem wird Rechnung getragen, in dem sie nach ärztlicher Verordnung eine von der Krankenkasse zu genehmigende stationäre Rehabilitation in Anspruch nehmen können, ohne dass zuvor ambulante Leistungen durchgeführt worden sind.</p> <p>Stärkung der betrieblichen Gesundheitsförderung in Krankenhäusern und bei Pflegeeinrichtungen:</p> <p>Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sind besonders stark gesundheitlich beansprucht. Die Krankenkassen sollen deshalb verpflichtet werden, zusätzlich mehr als 70 Millionen Euro jährlich für Leistungen der betrieblichen Gesundheitsförderung aufzuwenden. Der bereits heute gesetzlich vorgesehene Mindestausgabewert für diese Leistungen in Höhe von 2,15 Euro jährlich je Versicherten wird um 1 Euro auf 3,15 Euro erhöht. Mit der Festlegung eines spezifischen Mindestausgabewertes für Leistungen zur betrieblichen Gesundheitsförderung erhält die betriebliche Gesundheitsförderung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen einen Schub, der mit gesunden, motivierten und zufriedenen Beschäftigten letztlich den Patientinnen und Patienten und den pflegebedürftigen Menschen zu Gute kommt.</p> <p>In der Nationalen Präventionsstrategie sollen zudem spezifische und gemeinsame Ziele der Sozialversicherungsträger und weiterer Akteure zur Förderung und Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit und zur Senkung des Krankenstandes der Beschäftigten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen verankert werden. Um sicherzustellen, dass alle Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, die sich für die Gesundheit ihrer Beschäftigten einsetzen wollen, die notwendige Unterstützung erhalten, sollen sie durch die mit dem Präventionsgesetz geschaffenen regionalen Koordinierungsstellen der Krankenkassen noch besser beraten und unterstützt werden.</p>
<p><b>8. Landespflegebericht</b></p>	<p>Wir Freien Demokraten Bayerns stehen für größtmögliche Transparenz des Staates und seiner Institutionen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass regelmäßig ein Lagebericht zur Pflege durch den Patienten- und Pflegebeauftragten des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege erfolgt.</p>	<p>Zu der amtierenden Bayerischen Staatsregierung gehört auch der Patienten- und Pflegebeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, der regelmäßig einen Bericht vorlegt. Insofern sehen wir keinen weiteren Handlungsbedarf.</p>
<p><b>9. Fachkräftethematik/ Pflege als Selbstverwaltungspartner</b></p>	<p>Wir Freie Demokraten Bayerns fordern, dass für die eigentliche Pflege der Patienten mehr Zeit vorhanden ist, um die Qualität der Versorgung sicherzustellen. Wir setzen uns daher dafür ein, den Aufwand für Bürokratie und Dokumentation unter anderem durch die verstärkte Nutzung von IT- und Assistenzsystemen zu verringern. Zudem braucht es ausreichend Personal gemäß den fachlichen Notwendigkeiten, verlässliche Dienstpläne und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.</p> <p>Staatliche Mindestpersonalgrenzen lehnen wir ab, denn diese bergen die Gefahr als feste Personalstandards begriffen zu werden. Stattdessen wollen wir Anreize dadurch schaffen, dass gute Versorgung und Zeit der Pflegenden mit den Patienten besser vergütet wird.</p> <p>Wir wollen uns dafür einsetzen, in den Gremien der Selbstverwaltung diejenigen zu beteiligen, die unmittelbar durch die Entscheidungen betroffen werden. Wir fordern daher die Schaffung sog. rotierender Bänke im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA).</p>	<p>Wie bereits unter Nr. 5 und 7 ausgeführt, weiß die CSU um bereits gravierende Fachkräftengpässe in den Pflegeberufen. Sowohl auf Landesebene als auch auf Bundesebene wurden bereits zahlreiche Maßnahmen getroffen.</p> <p>Zur Verbesserung der Personalausstattung in Krankenhäusern sowie der Gewährleistung von Patientensicherheit in der pflegerischen Patientenversorgung wird im Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes (PpSG) ein zusätzliches Instrument eingeführt, um die Vorschrift zur Einführung von Pflegepersonaluntergrenzen in pflegesensitiven Krankenhausbereichen zu ergänzen.</p>

<b>10. Professionelles Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegefachpersonen</b>	<p>Die Anwerbung ausländischer Fachkräfte ist für uns aber nur ein weiterer Baustein, der aber alleine nicht ausreichen wird, dem Fachkräftemangel zu begegnen. Es gilt die Attraktivität der Berufe allgemein zu steigern. Im Hinblick auf die Anerkennung ausländischer Fachkräfte werden wir uns für standardisierte, transparente und qualitätsorientierte Verfahren einsetzen, um sicherzustellen, dass eine qualitativ hochwertige Patientenversorgung jederzeit sichergestellt werden kann.</p>	<p>Viele Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sind auf ausländische Fachkräfte angewiesen. Auf Bundesebene wurde deshalb im Jahr 2012 das sogenannte Anerkennungsgesetz als Instrument zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in Deutschland geschaffen. Nach der erfolgreichen Anerkennung sind neun von zehn Fachkräften mit ausländischem Berufsabschluss erwerbstätig. Zu diesem Ergebnis kommt eine umfangreiche Wirkungsanalyse, die die Bundesregierung im Juni 2017 vorgestellt hat.</p> <p>Darüber hinaus kann es nur in unser aller Interesse sein, das Anerkennungsverfahren zum Heilberuf Pflege so auszugestalten, dass es effizient, professionell und nicht korruptionsanfällig ist. Die CSU wird sich auf jeden Fall dafür einsetzen.</p>
--------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Forderungen	DIE LINKE	öDP
<b>1. Pflegekammer/Registrierungspflicht Pflegeberufe</b>	<p>Für eine politische Willensbildung, die gute Pflege als Menschenrecht und deshalb als gesamtgesellschaftliche sowie sozialstaatliche Aufgabe begreift, können Pflegekammern ein Instrument unter anderen sein. Als Gegenentwurf zu Gewerkschaften werden sie jedoch kaum politische Kraft entfalten. Ob eine Zwangsmitgliedschaft – die sowohl kleine Leistungserbringer als auch „Pflegekräfte am Bett“ - benachteiligt, die Profession nachhaltig stärkt, ist eine offene Frage. Pflegekammern sind Verwaltungsträger und haben als solche keinen Einfluss auf Tarifregelungen und wenig Einfluss auf Arbeitsbedingungen. Auch für DIE LINKE ist eine verpflichtende Registrierung aller Berufsangehörigen überfällig. Ebenso können Datenerfassung und Qualifikationsanforderungen über eine Pflegekammer ausgestaltet werden. Doch zu einer echten Selbstverwaltung gehört nach Auffassung von DIE LINKE mehr, insbesondere ein praktisch gesichertes Mitspracherecht der Beschäftigten über ihre Arbeitsbedingungen und ihre Bezahlung. Und ein modernisiertes Kammerrecht, in dem die Fachaufsicht eine größere Bedeutung erlangt sowie die abschließliche Berufsanbindung zumindest gelockert ist.</p> <p>Wir stimmen dem BLPR zu, dass es für eine wirksame Interessensvertretung der professionell Pflegenden bundeseinheitlicher Regelungen bedarf und teilen die Kritik des BLPR an der möglichen Mitgliedschaft von Träger- und Arbeitgeberverbänden an der in Bayern aktuelle geplanten „Vereinigung der bayerischen Pflege“.</p> <p>Wir fragen aber auch, ob eine Pflegekammer – wenn sie denn gewollt ist- pflegenden Angehörige und Betroffene selbst ausschließen darf.</p>	<p>Als eine der wichtigsten Aufgaben sehen wir an, das Thema Pflege dauerhaft bei den Top-Themen bayerischer Landespolitik zu halten. Ihre Forderung nach Einrichtung einer Pflegekammer halten wir für sinnvoll.</p> <p><i><sup>4</sup> Pflegefachkräfte sind die am stärksten vertretene Berufsgruppe im Gesundheitssystem. Wie viele Pflegefachkräfte in Bayern und im Bund beruflich aktiv sind, weiß heute keiner genau. Daher ist es nicht zu akzeptieren, dass sie bis heute keine einheitliche Berufsvertretung besitzen. Die ÖDP setzt sich für die Einführung einer bayerischen Pflegekammer mit der Verpflichtung des Beitritts aller Pflegefachkräfte ein. Darüber hinaus fordern wir die Anhebung der Personalbemessungsgrenze in der ambulanten und stationären Versorgung sowie eine bessere Bezahlung der Pflegefachkräfte. Die Verordnungshoheit von Pflegehilfsmitteln und Verbandstoffen sollte Pflegefachkräften mit der nötigen Zusatzqualifikation übertragen werden. (Aus dem Wahlprogramm der ÖDP, Grund Nr. 84)</i></p>
<b>2. Chief-Nurse</b>	<p>Jeder Mensch hat ein Recht auf eine qualitätsgesicherte, dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand entsprechende gute Versorgung, Behandlung und Begleitung. Pflegeleistungen, die immer komplexer werden, erfordern gute gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen. Dazu gehört auch mehr akademisches Fachwissen in der Pflegeausbildung und vor allem im Pflegealltag. Dafür brauchen Pflegekräfte gebührenfreie Weiterbildungsangebote und Dienstpläne, die eine regelhafte Fortbildung auch zulassen. Auch für eine qualifizierte Bedarfsermittlung, Evaluation und Pflegeberichterstattung sind hochschulisch ausgebildete Pflegefachkräfte wichtig. Selbstverständlich gehört dazu auch eine ministeriale Planungs- und Entschei-</p>	<p>Ihre Forderung nach Einführung einer wissenschaftlich qualifizierten Stelle „Chief Nurse“ im zuständigen Ministerium halten wir für sinnvoll.</p>

<sup>4</sup> Kursiv: Aus dem Wahlprogramm der ÖDP, verfügbar unter: <https://www.oedp-bayern.de/wahlen-2018/programmeinfos/>

	<p>dungsstruktur – über das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege hinaus. Neben einer Chief-Nurse im zuständigen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege befürwortet DIE LINKE aber einen Masterplan Pflege für Bayern. Dazu gehören Investitionen in die Pflegeinfrastruktur, vor allem im ländlichen Raum, flächendeckende Beratungsangebote und wirksame Maßnahmen gegen den Personal-mangel. Die dafür erforderliche pflegefachliche und sozialpolitische Expertise ist in den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, in den Patienten- und Angehörigeninitiativen so wie in den Gewerkschaften und Berufsverbänden vorhanden. Sie sollte verpflichtend und ressortübergreifend auch in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.</p>	
<p><b>3. Umsetzung Pflegeberufereform Landesebene</b></p>	<p>Inzwischen verabschiedete der Bundestag die Ausbildungs- u. Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe. Die Finanzierungsverordnung soll im September den Bundesrat passieren. Damit hat die unmittelbare Umsetzung des Pflegeberufegesetzes begonnen. DIE LINKE übersieht die erreichten Fortschritte, insbesondere den bundeseinheitlichen Anspruch auf eine Ausbildungsvergütung, die betriebliche Mitbestimmung der Auszubildenden sowie die Kompetenzfokussierung der Pflegeausbildung anstelle der Lernfelder, nicht. Dennoch lehnt DIE LINKE die Ausbildungs- u. Prüfungsverordnung im Bundestag ab. Diese Verordnung benachteiligt jene junge Menschen, die sich nicht für einen generalistischen Berufsabschluss, sondern für den Beruf des Altenpflegers/der Altenpflegerin entscheiden. Gerade für diese Gruppe wurden die Kompetenzanforderungen drastisch gesenkt. Das kommt einer unverantwortlichen gesetzlichen Abwertung der Altenpflege gleich. Auch die eingeführte Zwischenprüfung nach zwei Ausbildungsjahren lehnen wir ab. Denn sie eröffnet Arbeitgebern einen Fachkraftabschluss zweiter Klasse. Damit kann die Fachkraftquote in Pflegeeinrichtungen unterlaufen werden.</p> <p>Für die Finanzierung der Pflegeausbildung will DIE LINKE verhindern, dass die Ausbildungskosten, die die Menschen mit Pflegebedarf tragen, durch den Ausbildungsfond weiter steigen. Ganz im Gegenteil setzen wir uns dafür ein, diese Kostenbelastungen zumindest zu senken.</p> <p>Für die Umsetzung in den Bundesländern hält DIE LINKE eine Anschubfinanzierung durch den Bund für erforderlich. Darüber hinaus müssen die Länder ihrer Finanzierungsverantwortung besser nachkommen. DIE LINKE Bayern betont auch die finanzielle Verantwortung der Arbeitgeber für Fort- und Weiterbildung, will die Schulgedlzahlungen auch in den Berufsausbildungen wie Logopädie oder Physiotherapie abschaffen und fordert eine Ausbildungsabgabe für Unternehmen mit mehr als zehn Mitarbeitenden, die nicht mindestens 7 Prozent ihrer Arbeitsplätze als qualifizierte Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.</p> <p>DIE LINKE unterstützt die Forderung der Gewerkschaftsjugend nach einer Mindestausbildungsvergütung und will die Berufsausbildungsbeihilfe anheben. Wir streiten für ein kostenfreies Azubiticket für alle bayerischen Azubis unabhängig vom Wohnort und der Entfernung zur Ausbildungsstätte und für mehr bezahlbare Wohnangebote, auch in Wohnheimen. Kontrolle und Mitbestimmung durch die Auszubildendenvertretungen sowohl in der betrieblichen als auch in der schulischen Ausbildung soll gesichert sein. Deshalb will DIE LINKE eine</p>	<p>/</p>

	<p>Rechtsverordnung für die Wahl einer Interessensvertretung auch in außerbetrieblichen Bildungseinrichtungen. Wir wollen Voraussetzungen schaffen, damit alle Lehrkräfte für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten und an Privatschulen grundsätzlich mindestens nach den Tarifverträgen im öffentlichen Dienst entlohnt werden. Die Zulassung soll von diesem Kriterium abhängig gemacht werden.</p>	
<p><b>4. Pflege als Leistungserbringer/ Heilberufsausweis</b></p>	<p>Auch DIE LINKE kritisiert die „jahrzehntelangen Versäumnisse der Politik“ in der Pflege. Ihnen liegen nach Auffassung der LINKE jedoch Systemfehler zugrunde: in der Krankenhausversorgung das DRG-System und in der Altenpflege die Ausgestaltung der Pflegeversicherung als Teilleistungssystem vor 25 Jahren. Ohne politischen Willen zu systematischen Änderungen werden viele Forderungen des BLPR – die DIE LINKE im Einzelnen unterstützt – nicht umzusetzen sein. Oder sie bleiben wirkungslos. Dem scheint auch die Bundesregierung inzwischen zumindest teilweise, vor allem im Krankenhausbereich, zuzustimmen. DIE LINKE begrüßt das Vorhaben krankenhausesindividueller Verhandlungen über Pflegekosten und ihrer vollständigen Refinanzierung über die Pflegebudgets. Wir sehen darin einen möglichen Einstieg in den Ausstieg aus dem DRG-System.</p> <p>Vergleichbare Änderungen für die Altenpflege stehen aus. DIE LINKE fordert deshalb als eine sehr konkrete Maßnahme die Pflegeversicherung zur Vollversicherung, die alle pflegebedingten Leistungen finanziert, umzugestalten. Ein Bundestagsantrag mit der Forderung, die Eigenanteile für Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeheimen sofort zu deckeln und schrittweise zu senken wurde jedoch, auch mit den Stimmen der CSU, abgelehnt.</p> <p>Für die erforderliche Finanzierung ihrer Konzepte legt DIE LINKE konkrete Vorschläge vor: Die solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung schafft ausreichend finanzielle Spielräume für bessere Leistungen, mehr Pflegekräfte und deren gute Bezahlung. Alle zahlen entsprechend ihres tatsächlichen Einkommens – auch ihrer Kapitalerträge – ein, die Beitragsbemessungsgrenze und die Private Krankenversicherung als Vollversicherung werden aufgehoben. Wir werden die öffentliche Bewegung für diesen Paradigmenwechsel aktiv befördern.</p> <p>Die Forderung des BLPR nach einer adäquaten Abbildung, Ausweisung und Vergütung pflegerischer Leistungen unabhängig vom Sektorenbezug (SGB V oder XII) sowohl in der stationären als auch in der ambulanten Versorgung, unterstützen wir. Vertreterinnen und Vertreter des BLPR sollen an allen versorgungsrelevanten Gremien, nicht nur zu E-Health oder zur Gesundheitskarte beteiligt werden.</p>	/
<p><b>5. Investition in Attraktivität Pflegeberuf</b></p>	<p>Der Pflegeberuf wird vor allem durch gute Arbeitsbedingungen und durch gute Bezahlung wieder attraktiv. DIE LINKE fordert deshalb sofortige bundeseinheitliche und verbindliche Personalvorgaben sowohl in den Krankenhäusern als auch in der Altenpflege mit dem Ziel, die Arbeitsverdichtung und Überstunden spürbar abzubauen. Wenn Pflegekräfte wieder mehr Zeit haben für Pflege und Zuwendung, wächst die Berufszufriedenheit.</p> <p>Notwendige Renovierungsarbeiten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen dürfen nicht mehr aus Personalmitteln oder durch steigende Investitionskostenzahlungen der Pflegebedürftigen finanziert werden. DIE LINKE will in Bayern öffentliche Investitionen von 800 Millionen Euro für Bau, Sanierung und medizinische</p>	<p>Als zentrale Aufgabe sehen wir für die kommende Zeit vor allem wirksame Aktionen zur Verbesserung der Berufszufriedenheit und insofern zur Stabilisierung des Fachkräfteeverbleibs im Pflegeberuf. Die hohe Fluktuation hat sicher auch mit Bezahlungsfragen zu tun; entscheidender aber dürfte sein, dass gerade hoch qualifizierte und intensiv motivierte Fachkräfte ihre Qualitätsvorstellungen in der konkreten Pflegesituation vieler Einrichtungen nicht realisieren können. Diesen Teufelskreis aus negativer Personalfuktuation und mangelnder Pflegequalität kann nur ein umfassendes Programm der materiellen und kommunikativen Verbesserung der Wertschätzung für alle MitarbeiterInnen in den Pflegeberufen durchbrechen.</p>

	<p>Ausstattung der bayerischen Krankenhäuser einsetzen. Diese Summe ist künftig an die Inflationsrate zu koppeln. Über eine Vermögenssteuer – die eine Ländersteuer ist – ist das finanzierbar. Ziel ist, weitere Privatisierungen sowie Krankenhausschließungen zu verhindern und den ruinösen Wettbewerb unter den Kliniken zu stoppen. Bayern soll eine Bundesratsinitiative für eine bedarfsgerechte Krankenhaussfinanzierung einbringen. Privatisierte Krankenhäuser sollen wieder in öffentliche Hand. Die Staatsregierung soll die regionale Zusammenarbeit von Krankenhäusern und Klinikträgern fördern. Eine verbindliche Personalbemessung ist in das Bayerische Krankenhausgesetz aufzunehmen und ein höherer Stellenschlüssel in der Altenpflege umzusetzen.</p>	
<p><b>6. Pflegewissenschaft an Universitäten in Bayern</b></p>	<p>Eine bedarfsgerechte Einrichtung von Lehrstühlen für Pflegewissenschaften an bayerischen Universitäten unterstützt DIE LINKE. Die akademische Ausbildung soll die Versorgungsqualität in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen praktisch verbessern und die Berufsfähigkeit unmittelbar am Ende der Ausbildung herstellen. Darüber hinaus wird die pflegewissenschaftliche Expertise verstärkt für eine fundierte Bedarfsermittlung sowie die Versorgungsforschung benötigt. Dafür sind entsprechende Planungen und Förderprogramme aufzulegen.</p> <p>DIE LINKE hat auf Bundesebene kritisiert, dass die Studierenden der Pflegewissenschaft in der Ausbildungs- u. Prüfungsverordnung weder einen Anspruch auf Ausbildungsvergütung noch einen Anspruch auf einen Ausbildungsvertrag erhielten.</p>	/
<p><b>7. Aufwertung sozialer Rahmenbedingungen</b></p>	<p>DIE LINKE will eine Abkehr von tradierten gesellschaftlichen Rollenbildern. Dazu gehört das Aufbrechen der geschlechtsspezifischen Berufswahl genauso wie die Möglichkeit zur Teilzeit- und Sorgearbeit auch für Männer. Erwerbstätigen pflegenden (Familien-)Angehörigen soll ihr Engagement ermöglicht, aber nicht aufgezwungen werden. Pflegezeiten müssen für die Arbeitgeber ohne Benachteiligung für Männer und Frauen gleichermaßen verpflichtend sein. Einen Rechtsanspruch von Beschäftigten auf reguläre, durch den Arbeitgeber bezahlten Freistellung von bis zu sechs Wochen für eine akut eintretende Pflegesituation von Angehörigen muss auch in Unternehmen mit weniger als 25 Mitarbeitern durchgesetzt werden. Bayern könnte einen Vorstoß auf diesem Gebiet in den landeseigenen Unternehmen, der Wissenschaft, Politik und Verwaltung zum Vorreiter werden und der freien Wirtschaft als Vorbild dienen.</p> <p>Unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung in der Pflege muss ein Ende haben und die Rückkehr in eine Vollzeitbeschäftigung muss rechtlich abgesichert und zusätzlich gefördert werden. Wir wollen Langzeiterkrankungen von Pflegekräften über gesundheitserhaltende Dienstpläne und durch verbesserte Rehabilitationsangebote vermeiden. Betriebliche Gesundheitsförderung soll bedarfsgerecht aus Mitteln des Freistaates kofinanziert werden. Auch arbeitgeberfinanzierte Weiterbildung sowie familiengerechte Betreuungsangebote können dazu beitragen, dass Pflegekräfte in den Beruf zurückkehren oder wieder eine Vollzeitbeschäftigung aufnehmen. Die Förderung der Digitalisierung ist an die Arbeitserleichterung für Pflegekräfte und an höhere Pflegequalität für Patienten und pflegebedürftige Menschen zu binden. Als soziale Rahmenbedingung will DIE LINKE in Bayern die pflegerische Versorgung komplett in gemeinnütziger, genossenschaftlicher, kommunaler oder staatlicher Verantwortung organisieren. Ambulante Pflegestrukturen sollen ausgebaut und</p>	<p><i>Mit dem Pflegestärkungsgesetz wurden wesentliche Verbesserungen im Bereich der Pflege festgelegt, die ab sofort umgesetzt werden sollen. Die dazu erforderlichen Gelder werden allerdings frühestens ab 2020 zur Verfügung gestellt! Das heißt, dass die Pflegekräfte trotz sowieso schon völlig unzureichendem Stellenschlüssel, noch erheblich mehr leisten sollen (und eigentlich auch wollen, um mit ihrer Arbeit zufrieden zu sein). Das Geld ist da - bei den Krankenkassen! Durch die Auslagerung der kostspieligen Pflege aus der Krankenversicherung wurde rechnerisch ein Finanzierungsnotstand im Bereich der Pflege geschaffen, während die Krankenkassen zunehmend Rücklagen anhäufen. Will man den Pflegenotstand beseitigen, muss man deutlich mehr Gelder für die erforderlichen Stellen bereitstellen. Mit verbesserten Arbeitsbedingungen müssten weniger bewährte Pflegekräfte ihrem Beruf den Rücken kehren und würden mehr Berufsanfänger zu motivieren sein. (Auszug aus dem Wahlprogramm der ÖDP, Grund Nr. 70)</i></p>

	<p>alternative Versorgungsmodelle einschließlich der Unterstützung für die pflegende Familie gefördert werden. Professionelle Pflegeangebote sind auszubauen, um pflegende Angehörige zu entlasten.</p> <p>Für demokratisch gewählte Heimbeiräte wollen wir echte Mitbestimmungsrechte und gegen Pflegemängel flächendeckende Beschwerdestellen und wirksame unabhängige Kontrollen. Beschwerdestellen sind durch Land, Kommunen und die jeweiligen Träger zu finanzieren. Wir sollen die Rechte von Beschäftigten in Privathaushalten erweitern sowie die Kontrollen ihrer Lebensbedingungen und ihre arbeitsrechtliche Unterstützung stärken.</p>	
<p><b>8. Landespflegebericht</b></p>	<p>Wie auch in anderen Sozialbereichen fehlen valide Zahlen zur Situation der professionellen sowie der informellen Pflege. Eine qualifizierte Versorgungsforschung steht vor allem im ambulanten und häuslichen Bereich sowie zur Beurteilung der Pflegequalität aus. Die unterschiedliche Datenerfassung in den Bundesländern ist kaum vergleichbar, bundeseinheitliche Standards fehlen.</p> <p>DIE LINKE unterstützt die Forderung des BLPR, einen jährlichen Landespflegebericht vorzulegen, der sowohl die berufliche Pflege sektorenübergreifend, als auch die soziale Situation der pflegebedürftigen Menschen sowie der pflegenden Angehörigen abbildet und einschätzt. Dafür fordert DIE LINKE die Herstellung vollständiger Kostentransparenz im Pflegebereich. Diese Berichterstattung soll nach bundeseinheitlichen Vorgaben und Parametern erfolgen, um durch vergleichbare Daten eine qualifiziert Bedarfsplanung auf Landes- und Bundesebenen zu ermöglichen. Die Berichterstattung ist am neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff mit seinem teilhabeorientierten Pflegeverständnis auszurichten. Auch die Alten- und Teilhaberichte auf Bundesebene können als Orientierung dienen.</p>	/
<p><b>9. Fachkräftethematik /Pflege als Selbstverwaltungspartner</b></p>	<p>Die systematische Unterbewertung von Sorgearbeit ist nicht länger hinnehmbar! Wer sich professionell um anderer sorgt, sei es um Kinder, Kranke oder Alte, verdient einerseits ein hohes Maß an gesellschaftlicher Anerkennung, aber auch eine gerecht Entlohnung. Das kann auf Landesebene durch eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen unmittelbar beeinflusst werden. So könnte das Bundesland Bayern durch eine höhere Eingruppierung von Beschäftigten Vorbild für die Aufwertung der Pflege- und Sorgeberufe sein. Um mehr Pflegekräfte zu gewinnen oder zurückzugewinnen soll keine Pflegefachkraft mit weniger als 3.000 € nach ihrer Ausbildung in den Beruf einsteigen. Die Bezahlung in der Altenpflege muss auf das Niveau der Bezahlung in der Krankenpflege angehoben werden. Und der Pflegemindestlohn in den Helfertätigkeiten der Altenpflege soll sofort bundeseinheitlich auf 14.50 € pro Stunde ansteigen. DIE LINKE will bundeseinheitliche tarifliche Regelungen, deren Einhaltung kontrolliert wird, um die Abwerbung von Fachkräften aus strukturschwachen Regionen zu unterbinden. Ortszuschläge in Ballungsräumen dürfen nicht zu schlechterer Versorgung in ländlichen Gebieten führen. Ein Mehrbedarf von 15.000 Pflegekräften in Bayern ist nicht durch Einzelmaßnahmen zu decken. Mehr gut ausgebildete Pflegekräfte und qualitätsorientierte Personalschlüssel müssen gleichzeitig gewonnen bzw. eingeführt werden. Deshalb unterstützt DIE LINKE bundeseinheitliche Vorgaben für Mindestbesetzungen nicht nur in Krankenhäusern. Auch in der Altenpflege müssen Personalschlüssel bis zur Erarbeitung des wissenschaftlichen Personalbemessungsverfahrens im Jahr</p>	/

	<p>2020 umgesetzt und aus der Pflegeversicherung refinanziert werden. DIE LINKE will einen Personalschlüssel in Pflegeheimen, der Bewohnerinnen und Bewohnern ein Leben in Würde ermöglicht. Für 20 pflegebedürftige Menschen müssen mittelfristig zehn Pflegekräfte eingesetzt werden.</p> <p>Für die Sicherung der Geburtsstationen im ländlichen Raum fordert DIE LINKE 100 Millionen Euro. Die Ausbildung der Hebammen und Entbindungspfleger durch kommunale Krankenhausträger soll dabei besonders berücksichtigt werden.</p>	
<p><b>10. Professionelles Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegefachpersonen</b></p>	<p>Ausländische Pflegefachkräfte können vor allem die kultursensible Pflege in Deutschland qualifizieren. Den Fachkräftemangel aufheben können sie nicht. DIE LINKE lehnt Abwerbeprogramme aus Ländern, die selbst einen Fachkräftemangel haben, strikt ab. Für ausländische Pflegefachkräfte und Pflegekräfte müssen die gleichen arbeitsrechtlichen und tariflichen Regelungen gelten wie für ihre deutschen Kolleginnen und Kollegen. Das in der Ausbildungs- u. Prüfungsverordnung für die Pflegeausbildung verabschiedete Anerkennungsverfahren ist schnell, transparent und korruptionsfrei umzusetzen. Insbesondere sollen erforderliche Nachqualifizierungen erleichtert werden.</p> <p>Zudem will DIE LINKE Ausbildungsmöglichkeiten in der Pflege für Geflüchtete und ein Bleiberecht für Geflüchtete in der Ausbildung. Die Ausbildungsduldung („3+2-Regelung“) soll für alle Ausbildungen, also auch für berufsvorbereitende Ausbildungen gelten. Sie darf nicht vom Wohlwollen der Bearbeiterinnen und Bearbeiter abhängen, sondern von der fachlichen Eignung. Geflüchtete haben einen Anspruch auf Mindestlohn auf der gleichen gesetzlichen Basis wie alle anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und als anerkannte Pflegefachkräfte und Pflegekräfte Anspruch auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.</p>	/

**Stand September 2018**

**Information und Kontakt**

**Bayerischer Landespflegerat (BLPR)**

Vorsitzende Frau Generaloberin Edith Dürr  
 Schwesternschaft München vom BRK e.V.  
 Rotkreuzplatz 8  
 80634 München

[www.bayerischer-landespflegerat.de](http://www.bayerischer-landespflegerat.de)